

Dieser Titel gibt mir zu denken
Die unglaubliche Heilung
des Peter Rohr
SonntagsZeitung vom 28. 7. 2019

Ein Behandlungserfolg von erkrankten Menschen ist leider auch bei dieser teuren Behandlung, vor Beginn der Therapie, nicht garantiert. Dieser Titel gibt mir zu denken. Ist Herr Peter Rohr wirklich geheilt? Darf man so etwas schreiben oder sagen bei einem Therapieende nach drei Monaten? Ich wünsche es ihm, nach einem Kampf über 33 Jahre, endlich!

Roman Kaufmann, Ipsach BE

Ein früherer Arbeitsbeginn wäre machbar
Arbeitslosenkasse soll
Hitzeferien bezahlen
SonntagsZeitung vom 28. 7. 2019

Es ist ja zu verstehen, dass die Bauarbeiter gerne bei angenehmen Temperaturen arbeiten. Doch die Idee, morgens um 5 oder 6 Uhr zu beginnen, entbehrt jeder Empathie für die Bevölkerung. Das ist eben genau die Zeit, in der sie endlich schlafen kann, da die Hitze des Tages gewichen ist.

Silvia Frei, Zürich

Bauarbeitende, Gärtner, Strassenarbeiter müssen bei so anhaltend hohen Temperaturen von 32 bis 35 Grad unbedingt geschützt werden. Es gibt für sie nicht die Möglichkeiten, Ventilatoren einzusetzen, wie sie in Gebäuden den ganzen Tag für Kühlung sorgen. Wenn die Möglichkeit von Hitzeferien nicht gegeben ist, so sollten wenigstens die Arbeitsstunden reduziert werden! Ein um eine Stunde früherer Arbeitsbeginn – etwa von 6 bis 11 Uhr mittags – wäre machbar. Es kann ja nicht sein, dass zu erst auf alles andere – zum Beispiel Rücksichtnahme auf Anwohner – geschaut werden muss. Es geht um die Gesundheit von Menschen, die einen körperlich ohnehin anstrengenden Job verrichten, diese zusätzlichen Strapazen durch die Hitze sind unzumutbar. Da es ja nun feststeht, dass eine Klimaverände-

rung stattfindet, kann man auch in diesem Sektor nicht mehr dieselben Arbeitszeiten aufrechterhalten. Ein flexibles Umdenken ist notwendig. Es ist bestimmt nicht im Interesse von Firmen, wenn ihre Arbeiter wegen Schädigungen der Gesundheit womöglich für immer ausfallen.

Beatrice Landert, Zollikerberg ZH

Die Politik der SVP wird immer grotesker
SVP-Politiker schiessen
auf den eigenen Richter
SonntagsZeitung vom 28. 7. 2019

Zum Ersten ist offenbar bei einigen Politikern die Erkenntnis noch nicht angekommen, dass sehr viele Schweizer das Verstecken von Geld als Geschäftsmodell für unsere Banken nicht mehr akzeptieren. Zweitens betrachte ich es als loblich, ja gar unerlässlich, wenn Richter ihre Urteile auf das Recht abstützen und unabhängig von ihrer Zugehörigkeit zu einer Partei fällen. Die Abwahl von Richtern aufgrund ihrer Urteile zu propagieren, ist ein Skandal – und nicht dieses Urteil. Das Prinzip der Gewaltentrennung ist absolut gerechtfertigt und darf nicht dem Gutdünken von Politikern überlassen werden. Ernst Boller, Hagendorn ZG

Man kann sich streiten, ob eine Bank vertrauliche Daten ihrer Kunden herausgeben darf oder nicht. Das Bundesgericht hat sich dafür entschieden. Dass ein Richter entgegen den «Werten» seiner Partei dafür gestimmt hat, bedeutet, dass er unabhängig zu entscheiden wagt. Das stellt ihm ein gutes Zeugnis aus. Ein Richter ist nur dem Gesetz und seinem Gewissen verpflichtet. Die Drohung von Nationalrat Thomas Aeschi, den Richter nicht mehr zu wählen, wirft ein schlechtes Licht auf dessen Demokratieverständnis. Was Richter, die unter Druck der Politik handeln oder gar mit ihr verhandelt sind, entscheiden, zeigt die Geschichte – die gegenwärtige und die vergangene. Man erinnert sich mit Schaudern an den deutschen Volksgerichtshof im Deutschen Reich.



«Ich erwarte vom Bundesgericht, dass dessen Mitglieder nach bestem juristischem Wissen und Gewissen und nicht nach irgendwelcher Parteidoktrin entscheiden»

Jürg Schacher, Münsingen BE

Impressum

www.sonntagszeitung.ch
Herausgeber: Tamedia AG, Zürich
Verleger: Pietro Supino

Redaktion
Chefredaktor: Arthur Rutishauser
Mitglied der Chefredaktion: Armin Müller
Redaktionsleitung:
Andreas Kurz, Thomas Spoel
Leitung der Tamedia Editorial Services: Viviane Joyce

Publishing Services:
Dominic Geisseler
(Leitung)
Nachrichten/Fokus:
Andreas Kurz, Thomas Spoel
(Co-Leitung)
Recherche-Desk
(SonntagsZeitung,
Le Matin Dimanche):
Thomas Knittelwiler, Oliver Zihmann
(Co-Leitung)
Bundeshaus: Denis von Burg
(Leitung)
Wirtschaft: Peter Burkhardt
(Leitung)
Gesellschaft: Bettina Weber
(Leitung)
Wissen: Nik Walter (Leitung)
Kultur: Guido Kalberer (Leitung)
Services: Giuseppe Wieser
(Leitung), Christoph Ammann
(Leitung Reisen), Dieter Lechli
(Auto)
Produktion: Raphael Diethelm
(Leitung)
Medien von Tamedia zwei Formen von Inhaltserzeugung:
Layout: Andrea Müller (Leitung
Layout TES),
Tobias Gaberthuel (Stv. Leitung,
AD SonntagsZeitung)
Infografik: Jürg Candrian
Fotoredaktion: Olaf Hille
(Leitung)
Korrektur: Rita Frommenwiler
(Leitung)
Sportredaktion: Ueli Kägi
(Sportchef)
Redaktion: 044 248 40 40

Verlag
SonntagsZeitung, Verlag,
Werdenstr. 21, 8021 Zürich
Telefon 044 248 41 11,

Fax 044 248 42 72,
verlag@sonntagszeitung.ch
Leitung Verlag: Marcel Tappiner
Tamedia Advertising: Philipp
Markowski (Chief Sales Officer),
Adriano Valeri (Head of Advertising)
Anzeigen: SonntagsZeitung,
Anzeigenadministration,
Werdenstr. 21, 8021 Zürich
Telefon 044 248 40 11,
Fax 044 248 42 52,
anzeigen@sonntagszeitung.ch

Abo-Service
Tamedia AG, Abo-Service
SonntagsZeitung, Postfach,
8021 Zürich
Telefon 044 404 64 40,
Fax 044 404 69 06,
abo-service@sonntagszeitung.ch
(Mo–Fr 8.00–12.00
und 13.15–17.00)

Abonnemente:
Einzelnummer Fr. 5.–
1 Jahr Fr. 224.– (52 Ausgaben)
Weitere Abo-Angebote auf
abo.sonntagszeitung.ch
Digital-Einzelnummer Fr. 3.–
Digital 1 Jahr Fr. 120.–
(52 Ausgaben)
Technische Herstellung:
DZZ Druckzentrum, Zürich AG
Ombudsmann der Tamedia
Ignaz Staub, Postfach 837,
CH-6330 Olten 1,
ombudsmann.tamedia@bluewin.ch

Neben den klassischen Formen von Werbung erscheinen in den
Medien von Tamedia zwei Formen
von Inhaltserzeugung:
Paid Post: Im Zentrum steht in der
Regel das Produkt oder die
Dienstleistung des Werbekunden.
Die Erscheinungsform heisst sich
vom Layout des Trägers ab und
dieses Werbemittel sind mit «paid
Post» gekennzeichnet.
Sponsored: Der Inhalt orientiert
sich in der Regel an einem Thema,
das in der Regel zum Produkt
oder zur Dienstleistung des
Werbekunden steht und
journalistisch aufbereitet wird.
Dieses so genannte Native
Advertising ist mit dem Layout des
Trägers identisch und wird mit
«Sponsored» gekennzeichnet.

Eine Marke von Tamedia

informierte Souverän darüber bestimmen. Das bedeutet von «nice to have» auf «need to have» umzudenken. Mit der Digitalisierung der Kriegsführung gilt es die Armee so aufzustellen, dass einerseits die Eidgenossenschaft über das Machtinstrument Armee – gut ausgerüstet und einsatzfähig mit einem Bestand von 100 000 Armeegehörigen – verfügt und gleichzeitig die nötigen Mittel gegen modernste Bedrohungen bekommt. Das Ende des Dienstbüchleins und seine Digitalisierung sind ein Symbol für die Zukunft unserer Armee.

Roger E. Schärer, Feldmeilen ZH

Die Einträge im Dienstbüchlein bedeuten mir so viel, dass ich sogar das letzte «Sold-Säckli» aufbewahrt habe! Militär war für mich eine Lebensschule, die ich sowohl im Beruf als auch im Sport voll einsetzen konnte.

Beatrix Binder-Signer,
Brüttsellen ZH

Das als Pleite zu bezeichnen, ist unfair
Die Demokraten, Trumps
beste Wahlhelfer
SonntagsZeitung vom 28. 7. 2019

Ich gehe mit Martin Suter einig, dass es unsinnig ist, Kraft zu verschwenden für das Impeachment-Verfahren, da es ohnehin im Senat scheitern wird. Nicht einmal ich gehe ich mit Herrn Suter mit seiner Redewendung «progressive Annäherung, auf der einzigen Seite der Geschichte zu stehen». Nach rund 40 Jahren neoliberaler Wirtschaftspolitik konnte sich das sogenannte eine Prozent derart bereichern im Verhältnis zur Restbevölkerung, dass es doch das Recht der Progressiven ist, dagegen Einspruch zu erheben. Oder ist dieses eine Prozent auf der einzigen richtigen Seite der Geschichte? Demokratie abgeschieden? Die «Mueller-Pleite» war in dem Sinne keine Pleite, als man zur Kenntnis nehmen konnte, dass Trump doch Dreck am Stecken hat. Mueller wollte ja nie selbst direkt Einfluss darauf nehmen, wie es mit Trump weitergehen sollte. Das liegt am Kongress, und er blieb sich, seinem Auftrag und dem Bericht treu. Das als Pleite zu bezeichnen, ist unfair.

Othmar Rutz, Krauchthal BE

Ich gehe Martin Suter vollkommen recht. Mit dieser Zwangerei der Demokraten, Sonderermittler Mueller unter Strafandrohung einem Hearing zu stellen, hat sich diese Partei keinen Gefallen getan. Noch schlimmer ist, dass sie daraus nichts gelernt hat. Sie hält an ihrer falschen Taktik fest und spielt damit direkt in die Karten von Donald Trump für eine zweite Amtsperiode. Robert Mueller hat doch von Anfang an deutlich gemacht, dass der Bericht für sich selber spreche, er zu keinen weiteren Erläuterungen bereit sei und der Kongress über das weitere Vorgehen zu befinden habe. Die zum Teil sehr aggressiven Kreuzverhöre wirkten fast schon peinlich und respektlos gegenüber dem bereits 74-jährigen ehemaligen Sonderermittler. Es ist kaum anzunehmen, dass Robert Mueller den 448 Seiten umfassenden Untersuchungsbericht selber geschrieben hat, für den er aber selbstverständlich allein verantwortlich zeichnet. Das würde erklären, wieso er bei manchen Fragen zu einem bestimmten Abschnitt in seinem Bericht zeitweise verloren und verwirrt wirkte. Die Demokraten verpuffen seit Trumps Amtsantritt ihre ganze Energie damit, ein Impeachment zu erwirken – obwohl ein solches Chancelos blieb. Eine erfolgreiche Wahlstrategie betreibt man nicht, indem man die Schwä-

chen des Gegners hervorhebt, sondern indem man seine eigenen Stärken in den Vordergrund stellt.

Claudio Bachmann, Basel

Hort aller Probleme oder der Garten Eden
Blondes Ungeheuer
SonntagsZeitung vom 28. 7. 2019

Brexit als Mutter aller Lösungen? Ähnlich wie hierzulande ist die Betrachtung der Europäischen Union auch in Grossbritannien geprägt durch eine verengte schwarz-weiße Brille. Entweder ist die EU der Hort aller Probleme, oder es ist der Garten Eden, um es bewusst überspitzt zu formulieren. Dabei sind das Konstrukt der Europäischen Union und die Zusammenarbeit mit den verschiedenen Nationalstaaten eine Farbpalette von Grautönen. Boris Johnson und seine Mitstreiter haben zumindest nichts dafür getan, diese vereinfachende einseitige Optik zu entkräften, im Gegenteil. Und nun ist Premierminister Johnson in der Realpolitik angekommen. Spätestens nach einem harten Brexit Ende Oktober werden die Briten feststellen, dass die Europäische Union nicht die Mutter aller Probleme gewesen ist. Letztlich sind viele Entwicklungen in den einzelnen Nationalstaaten nach wie vor hausgemacht und kein Produkt der EU. Boris Johnson wird wie alle anderen Politiker am Ende des Tages an seinen Taten und nicht an seinen Worten gemessen. Ich bin kein Hellseher, aber die Herausforderungen für ihn sind riesig, und mit seinen Versprechungen für zusätzliche Investitionen bei gleichzeitigen Steuererhöhungen hat er die Latte nochmals heraufgesetzt. Jedes Land bekommt die Politiker, die es verdient.

Pascal Merz, Sursee LU

Er verspürt tatsächlich Mitleid mit diesen Reichen
Der Kniefall von Lausanne
SonntagsZeitung vom 28. 7. 2019

Unfassbar, wie Redaktionsleiter Andreas Kunz die Herausgabe-Erlaubnis von 40 000 Bankdaten kritisiert. Er kritisiert eigentlich damit, dass man bei 40 000 meist reichen Personen endlich überprüfen kann, ob sie Steuern hinterzogen haben. Auf Kosten der Allgemeinheit wohlverstanden und damit vor allem der Mittel- und ärmeren Schichten. Und er verspürt tatsächlich Mitleid mit diesen Reichen, weil sie ja ihr allfälliges Delikt zu Zeiten des Bankgeheimnisses begangen hatten. Na und, war es damals weniger schmerzhaft. Die wirklich Unschuldigen unter den 40 000 können garantiert auch ohne Anwalt belegen, dass sie ihr Auslandkonto korrekt versteuert haben.

Renato Werndli, Eichberg SG

Obwohl dieses Urteil nicht allen passt: Es zeigt, dass die Unabhängigkeit des Justizsystems, ein hohes Gut, quickly ist. Aber die Behauptung, wonach «ein solches Urteil in keinem anderen Land» möglich gewesen wäre, mag ich bezweifeln. So zum Beispiel fällt der High Court of Justice in England einen Entscheid gegen die Regierung und zugunsten der Aktivistin Gina Miller und verfügte, dass das britische Parlament in stärkerem Ausmass in die Brexit-Verhandlungen einbezogen werden muss. Auch in den USA verteidigt der Supreme Court seine Unabhängigkeit, trotz Druckversuchen von Präsident Donald Trump. Allerdings müsste man dort meines Erachtens beim Wahlprozedere für die obersten Richter nochmals über die Bücher gehen. Peter Graham Lancashire, Bottmingen BL



«Der Polizei ist wohl der Verstand abhandengekommen! Wer immer diesen völlig falschen Befehl ausgegeben hat: Den müsste man bestrafen»

Doré Walther, Bern

Resultate fast aller Divisionen haben Erwartungen übertroffen
Der UBS rennen die Aktionäre davon / diverse Berichte
SonntagsZeitung vom 28. 7. 2019

Die Berichterstattung von «Tages-Anzeiger» und SonntagsZeitung zur UBS ist über das vergangene Wochenende etwas widersprüchlich und lückenhaft gewesen. Es ist nicht lange her, da unterstützten «Tages-Anzeiger» und SonntagsZeitung die Entscheidung der UBS, sich in Frankreich und den USA vor Gericht gegen ungerechtfertigte Forderungen zu wehren. Jetzt kritisieren sie in einem Kommentar unter dem Titel «Amtshilfeurteil: Eine persönliche Niederlage für Sergio Ermotti» die Bank dafür, sich auf das Risiko einzulassen, rechtliche Fragen vor Gericht auszufechten. Offen lässt der «Tages-Anzeiger» dabei auch, ob es andere, bessere Alternativen gegeben hätte. Wie die Bank bereits mehrfach betont hat, war dies nicht der Fall. Hätte es sie gegeben, hätte die UBS sie ergriffen. Im Kommentar «Der Kniefall von Lausanne» über das für den Schweizer Finanzplatz negative Urteil des Bundesgerichts warde wichtig zu erwähnen gewesen, dass die UBS sich hier im Wesentlichen für ihre Kunden zur Wehr gesetzt hat. Dies war auch dem Bundesgericht bewusst. Zudem war es die ESTV, die die UBS, die sich entschieden hat, das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts an die nächste Instanz weiterzuziehen. Zu guter

Letzt wäre es im Leserinteresse gewesen, wenn der Artikel «Trotz guter Zahlen: Der UBS rennen die Aktionäre davon» die Entwicklung des Aktienkurses der UBS ausgewogener kommentiert hätte. Keine Frage: Der Aktienkurs hat sich dieses Jahr nicht so entwickelt, wie man sich dies wünschen würde. Aber die Resultate fast aller Divisionen haben die Erwartungen der Analysten im letzten Quartal übertroffen. Mit einer Rendite auf dem Eigenkapital von 16 Prozent hat die UBS ein starkes Ergebnis vorgelegt, das sich vorteilhaft mit den US-Banken vergleicht. Anleger bewerten die UBS daher auch im Vergleich zu anderen europäischen Grossbanken weiterhin besser. Es ist schade, dass dies erst am Schluss defensiv einem Mediensprecher zugeordnet wird. Dies hätte die SonntagsZeitung auch von sich aus schreiben können.

Samuel Brandner,
Mediensprecher der UBS

Die älteste Zahnradbahn fährt in New Hampshire
Mit Voldampf bergauf
SonntagsZeitung vom 28. 7. 2019

Nebst kleineren Transportanlagen in Bergwerken ist die Mount-Washington-Zahnradbahn (Cog Railway) im US-Bundesstaat New Hampshire mit Baujahr 1869 die älteste Zahnradbahn der Welt, welche noch heute der Personenbeförderung dient. Es ist somit nicht die Vitznau-Rigi-Bahn, wie im Zei-

ge Schweizerin am Strand in Hammamet (Tunesien), wir seien direkt unterhalb Spaniens, sie verwechselte offenbar Tunesien mit Marokko. Somit ist es gar nicht neu, dass Leute gar nicht genau wissen, wohin sie wirklich fliegen.

Bruno Breitschmid, Wohlen AG

Dreimal so hohe Suizidrate bei Männern
Zahl der Suizide differiert
von Beruf zu Beruf
SonntagsZeitung vom 21. 7. 2019

Der Artikel mag wohl interessant sein, auch wenn man sich die Frage nach Ursache und Wirkung stellen darf. Ist es allenfalls auch eine Suizid-affine Persönlichkeitsstruktur, welche zu Arbeitslosigkeit oder bestimmter Berufswahl führt? Völlig unverständlich ist für mich, weshalb die annähernd dreimal so hohe Suizidrate bei Männern im Vergleich zu Frauen in der Schweiz nicht thematisiert wird. Dieser Umstand hat bedeutend mehr Diskussions- und Analysepotenzial, passt aber wohl nicht zum aktuell einseitig frauenfreundlich praktizierten Journalismus.

Ruedi Brem, Winterthur

So etwas darf nicht passieren – nicht mehr!
Wie die Kesb einer Mutter drei Kinder wegnimmt
SonntagsZeitung vom 21. 7. 2019

Diese Geschichte kann ich nicht unkommentiert lassen. Da lebt eine Frau ihre eigene Form davon, wie sie Familie versteht. Sie bringt ihren Kindern nicht nur Schulstoff bei, dazu lernen diese auch, woher die Kartoffeln und anderes Gemüse kommen. Ja, beim Arbeiten im Garten wird man schmutzig. Bei all ihrem Tun wird sie von der Grossmutter und einer Tante unterstützt.

Ein eigener kleiner Familienkosmos. Einer, der niemanden stört und niemandem zur Last fällt. Ja, sie kommt nicht immer pünktlich, wie wir alle. Ja, die Kinder kommen manchmal zu spät in die Schule, so alle anderen Kinder auch, die Hausaufgaben sind nicht immer korrekt, so wie bei jedem anderen Kind. Die Kinder sind höflich, kontaktfreudig, sozial und gut integriert. Dann kommt die Polizei in Vollmontur, hintergeht die Mutter und führt die Kinder wie Kriminelle ab. Der Polizei ist wohl der Verstand abhandengekommen! Wer immer diesen völlig falschen Befehl ausgegeben hat: Den müsste man bestrafen. Und warum das alles? Weil sich eine Frau erlaubt, von den Normen abzuweichen, weil sie den Mut hat, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Weil sie das Leben mit ihren Kindern etwas farbig, etwas unkonventioneller, mit den ihr wichtigen Dingen gestaltet. Es stellt sich die Frage: Ist das Falsche richtig, oder ist das Richtige falsch?

Doré Walther, Bern

Wenn Tunesien direkt unter Spanien liegt
Von einem Umdenken ist wenig zu spüren
SonntagsZeitung vom 21. 7. 2019

Auf Seite 3 wurde unter anderem eine junge Frau interviewt, die nach Lanzarote fliegt. Sie erwähnt: «Meine Freundinnen und ich haben überlegt, das Auto zu nehmen, aber mit der Fähre...». Da frage ich mich: Weiss die junge Frau überhaupt, wo die Insel Lanzarote genau liegt? Denn mit dem Auto müssten diese Damen rund 2150 Kilometer nach Südschpanien fahren und dann mit der wöchentlich verkehrenden Fähre nach Lanzarote übersetzen, was nochmals über einen Tag in Anspruch nähme. Müsste der Journalist beim Interview da nicht nachhaken, um dies abzuklären? Denn genau dieses Beispiel würde ja für die Flugvariante sprechen. Es erinnert mich an eine alte Erfahrung vor mehr als 30 Jahren. Da meinte doch tatsächlich eine jun-

nicht. Sie werden im Heim als aufgeweckt, fröhlich, höflich und interessiert geschildert.» Zur gleichen Erkenntnis kam man auch bei den Kindern meiner Bekannten. Insbesondere als Primarlehrperson, aber auch einfach als Person kann ich mir nicht vorstellen, dass man dies nicht schon nach kürzester Zeit bzw. bereits vor der traumatisierenden Intervention hätte feststellen können. Und zum Schluss – und am meisten – erschütter mich das Resultat. Es wird geschrieben: «Und trotzdem bleibt die Kesb hart. Die Kinder bleiben sieben Monate im Heim.» Mich interessiert ja nicht mal, wer schuld ist, dass die Kinder überhaupt erst ins Heim gebracht wurden – ob die Kesb oder ein Gericht respektive ein(e) Richter(in), ob die Schulbehörden oder eventuell sogar die Mutter. Aber wer nach einer solchen Bestandsaufnahme nicht umgehend zur Erkenntnis kommt, dass es spätestens jetzt überhaupt keinen Grund mehr gibt, diese Kinder in einem Heim unterzubringen, scheint sich für das Wohl der Kinder oder gar deren Meinung zur Situation nicht zu interessieren. Mein Fazit: Das Credo der Kesb – «Kinderwille ist nicht gleich Kinderwohl» – scheint leider immer öfter zu unvorstellbarem Leid zu führen. Wenn nicht die Kinder selbst mehr zu Wort kommen dürfen, dann sollten wenigstens die Kinderanwälte nicht nur als Alibiübung eingesetzt werden, sondern auch richtig viel Einfluss auf das Ergebnis des Verfahrens nehmen können. Denn im Gegensatz zu den «Erwachsenenanwälten» werden die nicht von ihren Mandanten bezahlt und verfolgen somit am wenigsten irgendwelche fadenscheinigen Ziele, sondern wollen das Beste für die Kinder erreichen.

Tamara Emmenegger, Pfungen ZH

Leider gibt es auch einen aktuellen Fall in Hombrechtikon, wo einer Mutter zwei Kinder weggenommen werden. Es sind fröhliche, normal entwickelte Kinder, die von ihrer Mutter gewaltsam und ohne Grund weggerissen und in ein Heim gebracht wurden. Sämtliche Gutachten der Kinderärztin und Kindesvertreter werden einfach ignoriert. Es ist der blanke Horror für diese Familie. Und als mitfühlender Mensch, selber Mutter, gefriert mir das Blut in den Adern! So etwas darf nicht passieren – nicht mehr! Die Schweiz ist gerade dabei, das dunkle Kapitel Verdingkinder und administrative Versorgung zu verarbeiten, und dann passieren diese zwei Fälle. Ich bin schockiert.

Petra Häfliger, Richterswil ZH

Schreiben Sie uns

Leserbriefe werden nur mit vollständiger Absenderadresse (auch via E-Mail) akzeptiert. Bitte an folgende Adressen: SonntagsZeitung, Lesersseite, Postfach, 8021 Zürich (Fax 044 248 47 49) oder lesersseite@sonntagszeitung.ch. Aus Platzgründen erlauben wir uns, eingehende Leserbriefe online zu veröffentlichen. Die Redaktion entscheidet über Auswahl und Kürzungen. Korrespondenz darüber wird keine geführt. Redaktionsschluss ist jeweils am Mittwoch, 12 Uhr. Leserbriefe müssen sich auf Artikel beziehen. Folgen Sie uns:



facebook.com/sonntagszeitung
instagram.com/sonntagszeitung.ch
twitter.com/sonntagszeitung